

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags  
betreffend  
NEIN zu Mercosur-Abkommen – neue Absatzmärkte nicht um jeden Preis**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Nachteile einer möglichen Einigung beim Freihandelspakt Mercosur insbesondere für die österreichische Landwirtschaft und die österreichischen KonsumentInnen aufgezeigt werden und die Republik Österreich den Abschluss dieses Freihandelsabkommens nicht mehr weiter verfolgt.

### **Begründung**

Mercosur - die Abkürzung von Mercado Común del Sur bzw. „Gemeinsamer Markt des Südens“ als Bezeichnung für ein transatlantisches Handelsabkommen - hat seinen Beginn im Jahr 1991. Im Jahr 1995 resultierten die ersten Abkommen mit den vier in Mercosur zusammengefassten Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Venezuela ist seit 2012/2013 Mitglied des Mercosur, wurde aber Anfang Dezember 2016 wieder ausgeschlossen, weil das Land viele der Bündnisregelungen über Freihandel und Menschenrechte noch nicht angenommen hat. Seit 1999 laufen Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen, die 2004 eingestellt wurden. Streitpunkte waren einst, so wie heute, die Agrarprodukte. Im Jahr 2010 wurden die Gespräche wieder aufgenommen und seit 2016 liegen überarbeitete Angebote über Mengen und Warenbereiche auf dem Tisch.

Der Agrarbereich, vor allem in Hinblick auf Rindfleisch, Geflügelfleisch, Ethanol und Zucker, ist im internationalen Handel äußerst sensibel. Hauptproblem sind dabei die von Mercosur geforderten hohen Importquoten in den EU-Markt, die eine schrittweise Erhöhung im Zeitraum von sechs Jahren vorsehen und als Gegenleistung für eine Öffnung des südamerikanischen Marktes auch in anderen Bereichen gesehen werden können. Allein Brasilien ist der größte Fleischexporteur der Welt.

Bei Rindfleisch liegt laut Medienberichten derzeit das angebotene zollermäßigte und bereits aufgestockte Import-Kontingent bei 99.000 Tonnen. Hinzu kommen Mercosur-Exporte von Milchprodukten wie Käse, Butter und Vollmilchpulver. Über 75% der europäischen Rindfleisch-Importe stammen bereits aus Mercosur-Ländern. In puncto Rindfleisch wird die EU auch durch den Brexit vor neue Herausforderungen gestellt werden.

Für Oberösterreich ist es essenziell, dass die hohen Produktstandards der Österreichischen Landwirtschaft nicht durch die Mercosur-Importe unterwandert werden und so Wettbewerbsnachteile für die heimische Landwirtschaft entstehen. Auch im Sinne der KonsumentInnen darf es keine Mängel bei Umweltstandards, bei der Hygiene oder beim Einsatz von in der EU nicht zugelassenen Tierarznei- und Pflanzenschutzmitteln oder gar Hormonen geben. Dasselbe gilt für die Tierschutz-Standards. Wir wollen sicherstellen, dass die hohen österreichischen Umwelt-, Arbeits- und KonsumentInnenschutzstandards sowie allgemein das europäische Vorsorgeprinzip erhalten bleiben.

Aus diesen Gründen lehnen die unterzeichnenden Abgeordneten ein Mercosur-Freihandelsabkommen ab, in dem beabsichtigt ist, europäische Industrieinteressen gegen südamerikanische Agrarinteressen abzutauschen.

Linz, am 25. Jänner 2019

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Kaineder, Buchmayr, Mayr, Hirz**

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Makor, Lindner, Rippl, Bauer, Binder, Peutlberger-Naderer, Promberger, Müllner, Krenn, Weichsler-Hauer**